An American Newspaper which stands for American ideals and principles—published in the German language for American citizens who read German

Tägliche Omaha Tribüne

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLESON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang. | Omaha, Nebr., Freitag, den 12. Dezember 1919 | 8 Seiten—No. 235

Nebraska State Historical Society

Brennmaterial-Bann allmählig gehoben

Man hofft, daß die Kohlenförderung nächste Woche normal sein wird, aber nicht alle Bergleute nehmen die Arbeit auf.

Brennstoffdirektor Garfield schmollt u. resigniert

Chicago, 12. Dez.—Mit der Rückkehr vieler Streiker zur Arbeit wird der Bann auf Brennmaterial nach und nach gehoben. Geschäfte, die unter der Regierungsverordnung nur sechs Stunden den Tag offen hielten, werden von morgen ab neun Stunden geöffnet sein.

Hier eingelaufene Berichte besagen, daß eine überwiegend große Mehrheit der Grubenleute dem an sie erlassenen Befehl nachkommen und die Arbeit wieder aufnehmen werden. Eine Anzahl von ihnen aber wird auf einer sofortigen 31-prozentigen Lohnerhöhung bestehen und weiter streiken.

Grubenleute in Peoria, Marion, Kincaid und anderen Städten von Illinois, haben Massenversammlungen abgehalten und sich gegen den Beschluß der Beamten in Indianapolis aufgelehnt.

Lokal Unionen haben heute schriftliche Aufforderungen erhalten, sofort zur Arbeit zurückzukehren. In dem Schriftstück, das von dem Präsidenten Lewis und vom Sekretär-Schatzmeister Green unterzeichnet ist, heißt es, daß die Streiker einen großen moralischen Vorteil erzielen würden, wenn sie die Arbeit sofort aufnehmen. Die Grubenleute werden ferner aufgefordert, ihren Führern Vertrauen zu schenken, denn es wird sich später herausstellen, daß sie den einzig richtigen Standpunkt eingenommen haben.

In Beantwortung einer von dem Präsidenten Wilson an den Präsidenten der Union, Lewis, gerichteten Depesche sagte Letzterer: „Ich fühle mich durch Ihre Depesche, in welcher Sie das Vorgehen der Grubenleute als patriotisch bezeichnen, hoch geehrt. Ihre Anerkennung dieser Tatsache wird bei dem ganzen Volke einen Widerhall finden. Die Grubenleute sind durch Ihre uns gegebene Versicherung, gerecht mit ihnen zu verfahren, angenehm berührt. Seien sie versichert, daß ich und meine Assistenten mit Ihnen Hand in Hand arbeiten werden, um die ganze Angelegenheit auf gerechte Weise zum Austrag zu bringen."

Garfield resigniert.

Washington, 12. Dez.—Brennmaterialdirektor Harry A. Garfield hat resigniert, und es wird erwartet, daß seine Resignation vom Präsidenten sofort angenommen werden wird. Garfields Rücktritt folgte der Beilegung des Streiks auf dem Fuße. Als der Präsident seinen Vorschlag unterbreitete, erklärte Garfield, daß er mit demselben nicht einverstanden sei. Er wollte, daß der Streik auf Grund der 14-prozentigen Lohnerhöhung allein geschlichtet werden sollte; von der Einsetzung einer Kommission zwecks Untersuchung der Arbeitsbedingungen und der von den Grubenbesitzern erzielten Profite, wollte er nichts wissen.

Garfield hatte das Amt des Brennmaterialdirektors während des Krieges inne und wurde berufen, der infolge des Streiks ausgebrochenen Kohlennot zu steuern.

Es ist fraglich, ob der Präsident einen neuen Brennstoffverwalter ernennen wird; jedenfalls wird Bahndirektor Hines mit der Ausübung der Funktion desselben betraut werden, bis der Kohlenvorrat wieder normal wird, und dieses dürfte Ende Januar der Fall sein.

Es wird erwartet, daß der Präsident noch heute die Namen der Mitglieder der Kommission bekannt geben wird.

Hier eingetroffene Nachrichten besagen, daß die Kohlenproduktion in rascher Weise zunimmt, und daß die Förderung binnen einer Woche normal sein wird. Die Produktion aber muß das normale Maß bedeutend überschreiten, ehe die Beschränkungen gehoben werden können. Der über die Kleingeschäfte verhängte Bann ist wegen des Feiertagsgeschäfts bereits bis zu einem gewissen Grade gehoben worden. Kleingeschäfte dürfen Samstag neun Stunden offen halten, anstatt sechs Stunden an andern Wochentagen.

Sprachen-Vorlage im Verfassungs-Konvent

Lincoln, Nebr., 12. Dez.—Die bis zum Ueberdruß abgedroschene Sprachfrage ist jetzt auch in dem Verfassungskonvent aufgetaucht, wo der Abgeordnete Anderson von Lancaster County den Vorschlag eingebracht hat, „daß die Sprache der Unabhängigkeits-Erklärung und die Sprache der Bundes- und Staatsverfassung als die amerikanische Sprache bezeichnet wird, die die Amtssprache sei für alle öffentlichen und amtlichen Verhandlungen; und daß Lehren von irgend einer fremden Sprache in irgend einer Schule an ein Kind unter dem 14. Jahr verbietet." Diese Vorlage ist nichts anderes, als das jetzige Simandietz in neuer Auflage.

Charles Wooster von Silver City hat seinen Kontest um einen Sitz in dem Konvent verloren. Das Wahlkomitee hat gegen ihn entschieden.

Frankreichs Verluste.

Paris, 12. Dez. — Achtzehn und Dreizehntel Prozent der Offiziere und 16 Prozent der Mannschaften der französischen Armee, welche während des Krieges mobil gemacht worden waren, sind gefallen oder an erlittenen Verwundungen erlegen, wie eine heute bekannt gegebene statistische Aufstellung dartut.

Keine Franzosen in Dalmatien.

Paris, 12. Dez.—Die italienische Delegation in Paris hat die aus der Schweiz stammenden Gerüchte über einen Zusammenstoß zwischen französischen Truppen und den Schaaren d'Annunzios in der Nähe von Fiume als unwahr bezeichnet. Seit im September sind keine französischen Truppen in der Nähe von Fiume gewesen.

Missionare beschuldigt.

Tokio, 12. Dez.—Baron Admiral Saito, Generalgouverneur von Korea, beschuldigt in einer heute abgegebenen Erklärung die ausländischen Missionare, der Unabhängigkeitsbewegung Vorschub zu leisten. Er bezeichnet den Heidenbekehrer Brofield als den schlimmsten Agitator.

Preis-Sturz auf der Wechselbörse

New York, 12. Dez.—Auf der Börse herrschte eine sichtbare Aufregung und Finanzleute sind in großer Besorgnis über den weiteren Sturz der Wechselkraten. Internationale Bankiers sind sehr entmutigt über die Sachlage und erklären, daß, wenn keine helfenden Maßregeln ergriffen werden, so dürfte dies einen scharfen Rückgang in der Ausfuhr zur Folge haben. Der Pfund Sterling fiel heute auf $3.68. Wie aus London gemeldet wird, gedenkt die britische Regierung besondere Maßregel zu ergreifen, um dem Fallen der Wechselkraten auf der New Yorker Börse Einhalt zu gebieten und widersetzt sich jedem Versuche, künstliche Mittel zu gebrauchen, indem sie Gelder im Ausland borgt und die Ausfuhr stimuliert, sagte Andrew Bonar Law im Hause der Gemeinen, als er darüber befragt wurde.

Sinn Feiner werden aufgespürt.

London, 12. Dez.—Depeschen von Dublin melden, daß in den Wohnungen verschiedener hervorragender Sinn Feiner Haussuchungen abgehalten wurden. Das Parlamentsmitglied Tom Kelly wurde verhaftet. Bei der Durchsuchung der Wohnung des Grafen Plunkett wurde der Graf nicht aufgefunden.

Gemeindewahlen in Frankreich.

Paris, 12. Dez.—Bei dem soeben abgeschlossenen zweiten Wahlgang in den Munizipalwahlen errangen die verbündeten Sozialisten 20 Sitze; es ist dieses ein Gewinn von 5 Sitzen.

„Liberale Partei" stellt Programm auf

Macht Vorschläge zu durchgreifenden Aenderungen der inneren Politik.

St. Louis, Mo., 12. Dez.—Das Programm der neuzubildenden dritten Partei wurde am Donnerstag von einer Konferenz der „Liberalen" beraten. Es beschäftigt sich, soweit bekannt geworden ist, mit fast allen nationalen Aufgaben, darunter Trusts, auswärtige Angelegenheiten, Arbeiterverhältnisse und Landwirtschaft. Die Versammlung setzte sich aus Vertretern der Nonpartisan Liga, der Arbeiterpartei und aus liberalen Elementen anderer Parteien zusammen.

Der Programmentwurf empfiehlt ausgedehnte Verstaatlichung öffentlicher Nutzbarkeiten, Milderung der Patentgesetze, eine gemeinschaftliche Verwaltung der Bahnen durch die Besitzer, Arbeiter und das Volk; eine Erweiterung der Machtbefugnis des Senats in der Abschließung von Verträgen. Der Entwurf verwirft allgemeine militärische Ausbildung, begünstigt Abrüstung, und verlangt eine allgemeine Volksabstimmung für eine Kriegserklärung, mit alleiniger Ausnahme der Möglichkeit eines Einfalls in die Ver. Staaten.

Hinsichtlich der Arbeiterverhältnisse verlangt der Entwurf die Durchführung des Prinzips der gemeinsamen Verwaltung aller grundlegenden nationalen Industrien durch das Volk, die Besitzer und die Arbeiter; vertritt das Recht der Arbeiter, sich zu organisieren, durch ihre Verbände zu unterhandeln und bei solchen Verhandlungen ihre eigenen Vertreter zu wählen. Der Entwurf verlangt den Achtstundentag, Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle und Arbeitslosigkeit und Alterspensionen, verwirft aber die Anwendung von Einhaltsbefehlen bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Kapital und Arbeit.

Für die Farmer wünscht der Entwurf die Errichtung von Genossenschaften für Einkauf und Verkauf, Versicherung der Ernten und die Gewährung liberaler Darlehen. Der Entwurf schlägt eine Einkommensteuer für Summen von über $5.000 und eine Erbschaftssteuer auf Summen von über 50,000, die Besteuerung des für Produktion nicht benutzten Landes und die allmähliche Abschaffung der Steuer auf Wucherprofite vor.

Ferner wurde allgemeine Schulpflicht, Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 16 Jahren, höhere Besoldung der Lehrkräfte, die Befreiung von politischen Gefangenen, gleiche Rechte für die Frauen, und die Abschaffung aller gegen freie Rede gerichteten Kriegsgesetze verlangt.

Keine Passionsspiele in Oberammergau

Oberammergau, Bayern, 12. Dez. Mißernten und ein schwerer Winter haben zur Erhöhung der Kriegsleiden der Oberammergauer beigetragen, und infolge des von der Regierung erlassenen Bannes auf Nahrungsmittel dürften im Jahre 1920 die weltberühmten Passionsspiele nicht stattfinden; dieselben sind bis zum Jahre 1921 verschoben worden. E. Harvey Padlock von Los Angeles, der Nahrungsmittel nach Oberammergau schaffte, wurde von Anton Lang, dem Darsteller Christi, nach den Wohnungen der in den Passionsspielen Mitwirkenden geführt; ihm bot sich ein Bild des Elends. Padlock wird alles tun, um die Not unter den Oberammergauern zu mildern. (Die Nachricht, daß Anton Lang im Kriege gefallen, ist dieser Depesche zufolge unrichtig.—Anm. der Red.)

Britische Arbeiter verlangen Frieden

London, 12. Dez.—Die Gewerkschaftsverbände haben der Regierung eine Resolution unterbreitet, welche sofortige Erwägung der Friedensvorschläge des Soviet-Rußland und eine sofortige Aufhebung der Blokade verlangt. Die Resolution verlangt ebenfalls, daß eine britische Arbeiterdelegation mit Genehmigung der britischen Regierung Rußland zur Untersuchung russischer Verhältnisse bereisen solle. Eine andere Resolution verdammte die Regierung, weil sie keine Vorbereitungen zur Steuerung der Arbeitslosigkeit und der daraus entspringenden Not getroffen habe.

Neue Verwickelungen mit Mexiko

Der Fall Jenkins wird von Mexiko absichtlich in die Länge gezogen.

Stadt Mexiko, 12. Dez.—Der aus der Haft entlassene Konsularagent Jenkins beschuldigt die mexikanischen Gerichte der Zeitvergeudung hinsichtlich seines Verlangens, die Bürgschaftssumme von $500, gegen welche er auf freien Fuß kam, für ungültig zu erklären. In amerikanischen Kreisen hegt man die Ansicht, daß das Gericht zu Puebla nichts vornehmen wird, ehe der Wortlaut der mexikanischen Antwort auf die letzte amerikanische Note amtlich bekannt gegeben wird. Der Korrespondent der United Preß berichtet, daß Jenkins am Dienstag in der Hauptstadt war, und daß Carranza ihn zu sehen wünschte, daß aber „diplomatische Hindernisse" die Unterredung unmöglich machten.

Mexikanisches Petroleum ist unentbehrlich.

Washington, 12. Dez.—Carranzas Weigerung, den amerikanischen Oelgesellschaften die Erschließung neuer Oelquellen zu gestatten, kann der amerikanischen Regierung eventuell $300,000,000 kosten. So wird wenigstens in Regierungskreisen versichert. Diese Kosten werden durch den nötigen Umbau von Schiffen mit Petroleumfeuerung zu solchen mit Kohlenfeuerung eintreten. Die Vertreter der amerikanischen Oelkreise sind zuversichtlich, daß die Regierung nachdrückliche Schritte unternehmen wird, um die mexikanische Regierung von der Belästigung amerikanischer Betriebe abzuhalten, weil durch eine Ausführung der mexikanischen Politik die Handels- und Kriegsflotte der Ver. Staaten zum Teil gelähmt und ein Teil der Eisenbahnen, namentlich in Texas, außer Betrieb gesetzt würde.

Der nächstjährige Petroleumverbrauch in den Ver. Staaten wird auf 400,000,000 Faß angenommen, wodurch die gesamte Produktion der Ver. Staaten um 48,000,000 Faß übersteigen würde. Diesen Ausfall muß Mexiko decken. In den ersten 10 Monaten dieses Jahres betrug die Einfuhr von mexikanischem Petroleum gegen 60,000,000 Faß. Durch die neuen mexikanischen Gesetze werden über eine Million Acker noch unentwickelter Oelländereien der Ausbeutung entzogen, und die Oeleinfuhr muß mit der Erschöpfung der in Betrieb befindlichen Quellen von Tag zu Tag sinken.

Regierung einig in der mexikanischen Frage.

Washington, 12. Dez. — Gegenüber den in der Hauptstadt aufgetauchten Gerüchten über eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Präsidenten und seinem Sekretär, hinsichtlich der mexikanischen Frage, die möglicherweise zu einem Rücktritt des Letzteren führen könnte, hat Sekretär Lansing die völlige Uebereinstimmung zwischen dem Präsidenten und dem Staatsdepartement betont. Hinsichtlich des Gerüchtes, daß des Gesandte in Mexiko sich schon günstig über die Fall Resolution ausgesprochen habe, ehe diese im Senat eingereicht worden sei, behauptete Lansing, daß sein Departement keine Kenntnis von der Fall Resolution gehabt habe, ehe diese dem Senat vorgelegt worden sei.

Bundes-Obergericht über Prohibition

Washington, 12. Dez.—Die Entscheidung des Bundes-Obergerichtes über die Gesetzlichkeit der Kriegsprohibition, wonach die Herstellung von Bier mit einem Alkoholgehalt von mehr als 2.75 Prozent verboten und auch den Verkauf untersagt wird, wird am Montag erwartet. Es ist anzunehmen, daß zugleich das Vollsted-Gesetz auf seine Rechtskraft zur Entscheidung gelangt. Obwohl bis jetzt jeder Anhaltspunkt über die wahrscheinliche Entscheidung des hohen Gerichtshofes fehlt, so nehmen die Gerichtsbeamten dennoch an, daß beide Fragen zugleich zur Entscheidung kommen.

Elihu Root und William L. Marbury, die beiden Anwälte der Brauer, sagen, daß das Bier mit 2.75 Prozent Gehalt nicht berauschend sei und daß es deshalb auch nicht unter die Bestimmungen des Gesetzes komme. Sollte jedoch das Gesetz in diesem Sinne ausgelegt werden, so würden sich große Bedenken erheben über dessen Konstitutionalität.

Deutschland macht neuen Vorschlag

Fachleute werden Alliierten klar machen, daß deren Forderung unausführbar ist.

Berlin, 12. Dezember. (Verzögert.) — Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: „Die deutsche Regierung muß sich vergewissern, in wieweit die Alliierten betreffs Auslieferung von Docks, Krahnen, Baggern usw. als Ersatz für die versenkte Kriegsflotte uns entgegenkommen will. Auf das Versprechen der Alliierten hin, uns das Material später zurückzuerstatten, können wir uns nicht verlassen."

In erbitterter Weise schreibt der Vorwärts: „Wir können uns in dieser Hinsicht auf Versprechungen, die uns von Amerika, England oder Frankreich gegeben werden, nicht mehr verlassen."

Die alldeutsche Presse behauptet, daß die Regierung für die jetzigen Schwierigkeiten verantwortlich ist.

Das Kabinett hat beschlossen, eine aus Fachleuten der Hansastädte bestehende Delegation nach Paris zu senden. Dieselbe wird den Alliierten eine Liste aller Hafenbagger, Krähne, Docks usw. unterbreiten und beweisen, daß das ganze Material sich auf nur 527,000 Tonnen beläuft. Es ist somit unmöglich, den Alliierten 400,000 Tonnen, wie verlangt wird, auszuliefern. Der deutsche Seehandel würde dadurch hoffnungslos ruiniert werden. Die Kommission wird die Alliierten ersuchen, das Hafenmaterial nicht auf unbestimmte Zeit zu behalten, sondern dasselbe sofort nach der Beschlagnahme zurückzugeben. Die Regierung wird das Protokoll dann sofort unterzeichnen.

Paris, 12. Dez. — Die deutsche Delegation stellt in Abrede, daß die Antwort auf die Note der Alliierten eingetroffen ist.

Kriegs-Department im Hause beschuldigt

Washington, 12. Dez.—Das Komitee des Repräsentantenhauses für militärische Angelegenheiten beschuldigt das Kriegsdepartement der ungesetzlichen Verausgabung von Millionen von Dollars durch den Ankauf von Ländereien und die Errichtung militärischer Gebäude seit dem Abschluß des Waffenstillstandes. Diese Beschuldigung wird in einem Bericht erhoben, den das Komitee nach einer längeren Besichtigungsreise über die verschiedenen militärischen Lager dem Hause eingereicht hat.

Vorkehrungen für Vieh-Auslieferung

Berlin, 12. Dez.—Nach allen Teilen von Deutschland wurden vom Volkswirtschaftsminister Agenten gesandt, um Vorkehrungen zu treffen für die Auslieferung von Milchkühen, Schafen und Ziegen an die Alliierten laut Bestimmungen des Friedensvertrages. Der Staatsrat hat sich auf einen Plan der Durchführung dieser Forderung geeinigt. Danach soll die Ablieferung von Vieh die einzelnen Staaten erfolgen; ein bestimmter Teil der Herden soll zunächst an die landwirtschaftliche Nationalbehörde abgeführt werden. Die Besitzer von Hornvieh dürfen Proteste einreichen und dürfen Ziegen oder Schafe an Stelle von Kühen abliefern, wenn sie beweisen können, daß die Kühe für ihren Unterhalt notwendig sind. Landwirte werden ersucht, die Tiere ohne Vergütung auszuliefern, und sie können im Weigerungsfall mit Geldstrafe bis zu 5000 Mark für jeden einzelnen Fall belegt werden.

Maßnahmen des Obersten Rats

Paris, 12. Dez.—Der Oberste Rat der Friedenskonferenz entschied die Grundsätze, nach denen leichte deutsche Kriegsschiffe unter die kleinen Mächte für Küstenverteidigungszwecke verteilt werden. Auch wurde der Bericht von Flottensachverständigen gutgeheißen über die Zuweisung von Material, welches durch die Demolierung der deutschen Flotte frei wird. Die Zerstörung der Schiffe wird von den Mächten ausgeführt werden, welche das Material erhalten; doch soll die Frist der Zerstörung noch länger hinausgeschoben werden. Ferner beschloß der Große Rat, daß die Goldreserve der Türkei, die jetzt in Berlin ist, nach Paris weggebracht werden solle

Sultan Mohammed hofft auf Amerika

Erklärt, daß die Unabhängigkeit der Türkei gewährt werden muß und sagt das türkische Volk sei besser als sein Ruf.

In Konstantinopel geht es drunter und drüber.

Konstantinopel, 12. Dez.—In einer Unterredung mit einem amerikanischen Korrespondenten äußerte sich der jetzige Herrscher der Türkei, Mohammed der Sechste, daß die Türkei sobald wie möglich Frieden haben müsse, denn eine Verzögerung desselben ist schlimmer als selbst der Krieg. „Wir wünschen einen Frieden" sagte der Sultan, „auf Grund dessen der Osten endlich zur Ruhe kommt; dieses kann aber nur dann der Fall sein, wenn die Türkei unabhängig bleibt. Die islamische Welt wird nur dann zufrieden sein, wenn die Unabhängigkeit des Türkenreichs gewährleistet wird. Ich erwarte, daß der amerikanische Senat wohlwollend geneigt ist; es wäre ungerecht, daß andere Nationen aus den Versprechungen des Präsidenten Wilson Nutzen ziehen und die Türkei zurückstehen soll. Amerika wird die Millionen Türken und die islamische Welt nicht enttäuschen. Diejenigen, welche mit der türkischen Frage vertraut sind, werden in Erfahrung gebracht haben, daß trotz der vielen Fehler unserer Regierung das Volk an und für sich seine guten Seiten hat und seitens der auswärtigen Regierungen eine bessere Behandlung verdient, wie ihm zuteil wird. Jene Amerikaner, die den Verunglimpfungen unseres Volkes keinen Glauben schenken und welche die Schwierigkeiten, mit welchen wir zu kämpfen haben, verstehen, müssen sich sagen, daß die Türken eine bessere Behandlung verdienen.

„Nach dem Frieden wird sich die innere Lage mit Hilfe auswärtiger Mächte besser gestalten, denn die Türken sind ein ehrliches, begabtes Volk, und mit allen Kräften werde ich für den Aufbau des Landes Sorge tragen. Unsere Religion ist nicht gegen den sozialen Fortschritt, deshalb wird es auch mein Bestreben sein, die weibliche Bevölkerung zu emanzipieren und ihr ähnliche Rechte einzuräumen, wie sie die europäischen Frauen haben. Es ist erfreulich, daß sich Amerika für Prohibition erklärt hat; seit Jahrhunderten haben Muselmänner solche geübt. Schließlich möchte ich allen jenen Amerikanern meinen Dank aussprechen, die, nachdem sie uns besucht haben, sich des Gedankens nicht verschließen können, daß wir besser sind als unser Ruf."

Tolles Treiben in Konstantinopel.

Konstantinopel gilt als die am schlechtesten verwaltete und dabei teuerste Stadt der ganzen Welt. Sie ist wie ein Spektakelstück von Chaos und Gewalttat. Jeder raubt den andern aus. Erpresser unter den Schiffsagenten und den Frachtverladern sind schuld daran, daß die Ueberführung von Fracht aus einem Schiff nach dem Lande kostspieliger ist, als der gesamte Transport von New York nach Konstantinopel. Aller verfügbarer Platz auf den Werften ist von den Ententemächten in Anspruch genommen, und Amerikaner und Angehörige ander Länder, welche ganz ausgeschlossen sind, müssen $35 die Tonne bezahlen, um ihre Waren vom Schiff durch das Zollamt zu bekommen.

Jede Spielart levantinischer Diebe und Gauner ist losgelassen. Ein bescheidenes Hotelzimmer kostet täglich fünf bis acht Dollars, und die Preise für Beköstigung sind dementsprechend, während der Markt voll von Lebensmitteln aller Art ist.

Die Lebensmittelpreise sind um 1200 Prozent über die der Zeit vor dem Kriege gestiegen. Die Mieten haben sich verfünfzehnfacht. Die Stadt ist allnächtlich angefüllt vom Lärm der Hauereien zwischen Soldaten und Matrosen aller Nationalitäten und dem Knallen von Feuerwaffen. Die Spielhäuser stehen weit offen. Alles hasardiert. Der Kaufmann, welcher verliert, entschädigt sich damit im Aufschlagen seiner Preise. Die Straßen werden von Taschendieben durchschwärmt.

Die türkische Polizei erklärt sich für hilflos allen diesen heillosen Mißständen gegenüber, da die Stadt unter der interalliierten Kontrolle stehe. Die Regierung führt den gleichen Grund für ihre Unfähigkeit, etwas zu tun, an: — zu viele Herren.

Die amtliche Welt hegt tötliche Furcht vor der schließlichen Haltung Großbritanniens der Türkei gegenüber, sie hat indessen aus den kürzlichen Erklärungen im britischen Unterhaus neue Hoffnung geschöpft, daß das Türkenreich nicht aufgeteilt werden werde. Inzwischen kaufen Kapitalisten aller Länder private Gerechtsame auf, um sie nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages auszuschlachten. Die Regierung hat dabei den Verkauf solcher Gerechtsame bereits im vergangenen Juli verboten gehabt.

Juden in Ungarn werden abgesperrt

Budapest, 12. Dez.—Laut einer soeben erlassenen Verfügung der Regierung sollen 30,000 galizische, polnische und russische Juden nach Konzentrierungslagern in Hajmasker, Solno und Szegedin gebracht werden. Diese Maßnahme erfolgt, weil die Regierung der Ansicht ist, daß die Juden „einen unwünschenswerten Einfluß auf die Bevölkerung ausüben.

Lagerhaus-Einsturz fordert drei Opfer

Cedar Rapids, Ia., 12. Dez. — Durch den Einsturz des zweiten und dritten Stockwerks des von der Iowa Paper Co. benutzten Gebäudes haben drei Personen ihr Leben eingebüßt, und drei andere liegen mit zum Teil lebensgefährlichen Verletzungen darnieder. Die Getöteten waren im dritten Stockwerk beschäftigt, und wurden beim Zusammensturz zu Tode gequetscht. Die Verwundeten wurden im ersten Stock durch die herabstürzenden Trümmermassen begraben. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß die oberen Stockwerke des Gebäudes mit hunderten von Tonnen Waren, weit mehr als die Tragfähigkeit des Gebäudes erlaubte, belastet waren.

Schweiz hat einen neuen Präsidenten

Bern, 12. Dez.—Guiseppi Motta ist von dem Bundesrat zum Präsidenten als Nachfolger Gustav Adors erwählt worden. Er hat dieses Amt bereits einmal vorher im Jahre 1915 inne gehabt.

Der deutsche Weihnachtsbaum.

Berlin, 12 Dez.—Die Regierung hat ein Dekret erlassen, wonach Weihnachtsbäume eine Notwendigkeit bilden; Personen, die bei dem Verkauf derselben übermäßige Profite verlangen, werden gerichtlich belangt und bestraft werden.

Großfeuer in DeKalb, Tex.

Texarkana, Tex., 12. Dez.—Der Geschäftsteil der Stadt wurde fast gänzlich durch Feuer zerstört. Der angerichtete Schaden wird auf $400,000 veranschlagt.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Schne und kälter heute abend, mit kalter Welle. Temperatur etwa 10 unter Null am Samstag morgen. Samstag schön und fortgesetzt kalt.

Für Nebraska — Unbestimmtes Wetter heute abend, mit Schnee und kälter im äußersten südöstlichen Teile. Temperatur 10 bis 15 Grad unter Null. Samstag schön und fortgesetzt kalt.

Für Iowa—Schnee und viel kälter heute abend; kalte Welle. Temperatur 5 bis 15 Grad unter Null in nördlichen und westlichen Teilen, und nahe Gefrierpunkt im östlichen Teile Samstag morgen oder Samstag nacht. Allgemein schön am Samstag. Kälter im äußersten östlichen und südlichen Teilen.